

Alternative für Deutschland
Landesverband Baden-Württemberg

Landesvorstand



Geschäftsstelle Baden-Württemberg
D-70197 Stuttgart
Reinsburgstraße 171
Telefon (0711) 0711 / 67 43 94 50
Telefax (0711) 0711 / 67 43 94 51
E-Mail: geschaeftsstelle@alternativ fuer-bw.de

19.10.2013

An das Landesschiedsgericht
der Alternative für Deutschland (AfD)
Landesverband Baden-Württemberg
zu Hd. Herrn Dubravko MANDIC
Kaiser-Joseph-Straße 273
79098 Freiburg

In Sachen

Alternative für Deutschland, Landesverband Baden-Württemberg
vertreten durch den Landesvorstand
Reinsburgstraße 171, 70197 Stuttgart
- im Folgenden „Antragstellerin“ genannt –

gegen

Elias Mößner, Bahnhofstraße 7, 79241 Ihringen
- im Folgenden „Antragsgegner“ genannt -

beantragt die Antragstellerin:

**Der Antragsgegner wird aus der Partei Alternative für Deutschland
und ihrer Untergliederungen ausgeschlossen.**

Begründung

Zur Begründung tragen wir vor:

1. Einführung

Herr Mößner ist in den letzten Monaten in so vielfältiger Weise parteischädigend aufgetreten, dass ein Parteiausschluss auch unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes erforderlich ist, um die Antragstellerin vor schwerwiegenden Schäden zu schützen.

2. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Landesvorstands des Landesverbands Baden-Württemberg ergibt sich aus § 8 Abs. 2 lit. d) der Bundessatzung.

Der Vorstand des für den Wohnort des Antragsgegners zuständigen Landesverbands Baden-Württemberg beschloss am 07.10.2013, ein Parteiausschlussverfahren gegen den Antragsgegner einzuleiten.

3. Ausschluss von der Ausübung der Mitgliederrechte

Der Vorstand des für den Wohnort zuständigen Landesverbands Baden-Württemberg beschloss ebenfalls am 07.10.2013, den Antragsgegner von der Ausübung seiner Mitgliederrechte gemäß § 8 Abs. 4 der Bundessatzung bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts auszuschließen.

4. Mitteilung der Vorstandsbeschlüsse

Die Entscheidung über den Parteiausschluss und den sofortigen Ausschluss des Antragsgegners von der Ausübung der Mitgliederrechte wurde diesem per Einschreiben/Einwurf vom 11.10.2013 mitgeteilt. Zur Begründung wurde dem Antragsgegner dieser Schriftsatz im Entwurf übersandt und Gelegenheit gegeben, zu den Beschlüssen Stellung zu nehmen. Auch wurde der Antragsgegner aufgefordert zu erklären, ob er den Parteiausschluss akzeptiert.

5. Erfüllte Voraussetzungen für den Parteiausschluss

Ein Parteiausschluss ist nach § 10 Abs. 4 PartG möglich, wenn ein Mitglied „vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt“. Die Bundessatzung der AfD sieht in § 8 vor, dass bei Vorliegen dieser Voraussetzungen, die Ordnungsmaßnahme des Parteiausschlusses ergriffen werden kann.

6. Missachtung der Grundsätze der Partei

Der Antragsgegner hat in mehrfacher Hinsicht gegen Grundsätze der AfD verstoßen:

6.1 Versuch, den Wahlantritt der AfD zu hindern

Die Partei ist mit dem erklärten Ziel gegründet worden, bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 anzutreten und in den Bundestag einzuziehen, um dort Alternativen zur Politik der etablierten Parteien, insbesondere bei den vorgeblichen Rettungsmaßnahmen für den Euro zu vertreten. Der Antragsteller bewarb sich bei der Aufstellung der Landesliste als Spitzenkandidat. Er kam letztlich jedoch durch das Votum der Parteimitglieder nur auf den letzten Listenplatz. Auch nach der Aufstellung der Landesliste versuchte er durch eine Vielzahl von Maßnahmen – durch Anrufung des Landesschiedsgerichts und Beschwerden bei der Landeswahlleiterin - eine Neuaufstellung der Landesliste zu erreichen.

All seine rechtlichen Interventionen wurden abschlägig beschieden.

Seine Bemühungen, die eigenen persönlichen Interessen zu Lasten der Antragstellerin durchzusetzen gipfelten darin, dass der Antragsgegner an die Landeswahlleiterin schrieb **er wolle den Wahlantritt der AfD verhindern**. Diese Aussage ist eindeutig grob parteischädigendes Verhalten und beweist, dass das Einlegen juristischer Mittel seitens Herrn Mößner nur Mittel zum Zweck gewesen ist. Über den einstimmigen Beschluss des Landeswahlausschusses, die AfD zur Bundestagswahl zuzulassen, beschwerte sich Herr Mößner beim Bundeswahlleiter. Er wusste, dass bei einer erfolgreichen Beschwerde beim Bundeswahlleiter aufgrund von Fristen keine Landesliste mehr für BW aufgestellt werden könnte. Damit hätte die AfD in Baden-Württemberg nicht zur Bundestagswahl antreten können. Ein eklatanterer Widerspruch zu den Grundsätzen der Partei lässt sich kaum vorstellen.

Die Antragstellerin sieht hier davon ab, nochmals all die Punkte darzustellen, in denen der Antragsgegner falsch Tatsachen behauptete und unzutreffende Rechtsansichten vortrug. Die vorsätzlich versuchte Schädigung durch den Antragsgegner wird am deutlichsten, wenn er falsche Behauptungen hinsichtlich der eigenen Person aufstellt. Der Antragsgegner wusste aus den Belehrungen die auf dem Parteitag gegeben wurden, dass nach der Rechtsprechung Beschränkungen des Rederechts bei der Aufstellung von Landeslisten dazu führen können, dass die Landesliste angefochten werden kann. Im Bemühen, den Wahlantritt der AfD zu verhindern, hat der Antragsgegner deshalb wahrheitswidrig behauptet, es hätte solche Beschränkungen des Rederechts gegeben. Schon seine Behauptung, dem Bewerber Stefan Räßle sei das Rederecht beschränkt worden, ist nicht nachvollziehbar, weil Herr Räßle seine Rede in einer Weise abschloss, die allen Teilnehmern in Erinnerung blieb: Er riss nämlich einen AfD-Kleber von seinem Koffer und erklärte seinen Parteiaustritt.

Dass der Antragsgegner vorsätzlich falsche Behauptungen aufstellte, wurde aber besonders deutlich, als er der Landeswahlleiterin wahrheitswidrig schrieb, auch sein Rederecht sei beschränkt worden. Der Antragsgegner, der sich als einer der ersten Kandidaten vorstellen durfte, konnte in Wahrheit seine Rede ohne jede

Beschränkung abschließen. Eine Vielzahl von Teilnehmern des Landesparteitags kann dies gegebenenfalls bezeugen, falls der Antragsgegner dies bestreiten sollte.

Dabei ist der Antragstellerin der Hinweis wichtig, dass es nicht um die Frage der Einlegung von Rechtsmitteln im Allgemeinen geht. Selbstverständlich ist es auch dem Antragsgegner unbenommen, die Wahlhandlungen der Partei rechtlich überprüfen zu lassen. Die Grenzen dieses legitimen Rechts hat der Antragsteller jedoch weit überschritten, da er das Scheitern der Partei bei der Bundestagswahl zum Ziel erklärte und hierfür sogar bewusst unwahre Tatsachen behauptete.

Beweis: Anlagen 01a – 01c und Beiziehung der Akten der Landeswahlleiterin.

6.2 Schaden

Es dürfte außer Frage stehen, dass eine Verhinderung des Wahlantritts der AfD in Baden-Württemberg der größtmögliche Schaden für die Partei gewesen wäre.

Im Übrigen hat der Antragsgegner der Partei bereits dadurch erheblich geschadet, dass ein nicht unerheblicher Teil der Vorstandstätigkeit dafür aufgewandt werden musste, die immer neuen Vorwürfe des Antragsgegners zu widerlegen und Anfragen der Mitglieder und der Öffentlichkeit zum Treiben des Antragsgegners zu beantworten. Gerade bei einer Partei, die auf der ehrenamtlichen Tätigkeit eines vergleichsweise kleinen Personenkreises abhängt, schadet es erheblich, wenn einzelne Parteimitglieder durch immer neue Vorwürfe und Verlautbarungen in der Öffentlichkeit, diese Ehrenamtlichen davon abhalten, die Parteistrukturen aufzubauen und Wahlkampf zu betreiben.

Schließlich hat Herr Mößner einen erheblichen Rufschaden für die Partei verursacht.

6.3 Vorsatz

Der Antragsgegner ist Jurist. Es ist deshalb davon auszugehen, dass er seine Vorwürfe juristisch bewerten konnte. Daher musste ihm bewusst sein, dass er Existenz der Partei aufs Spiel setzt.

6.4 Systematische Unterminierungen der Arbeitsfähigkeit und Reputation des Landesverbandes

Der Antragsgegner versucht permanent, die Alternative für Deutschland schlecht zu reden und insbesondere die demokratisch gewählten Mitglieder des Landesvorstands als inkompetent darzustellen und lächerlich zu machen. Hierbei benutzt er auch beleidigende Äußerungen. Beispiele gibt es zuhauf:

„Wo ist Frau Fein? Beim letzten Mal waren einige mehr da. Wurde der Rest der Aktiven etwa durch asoziale Funktionäre vergrault? Mensch, Fein! Warum haben Sie nicht gesagt, dass Sie der Veranstaltung fernbleiben.“

"Kölmel wurde 2004 Gemeinderat und 2009 wieder abgewählt. Da muss ein Mensch ganz schön scheiße gebaut haben, wenn er als Gemeinderat nicht bestätigt wird. Und so ein Loser ist unser Spitzenkandidat! Ich bekomme echt Angst um meine Partei."

„Die intellektuelle kinderlose ledige Akademikerin die im Rampenlicht Frauenquoten fordert und im Dunklen der Schläger, der bei den Kritikern Angst schüren will. Erinnert mich irgendwie an den intellektuellen Kinderfreund Trittin und die Grüne Jugend Göttingen!“

Der Antragsgegner will den Landesvorstand lächerlich machen. Zu diesem Zweck wählt er bewusst öffentliche Darstellungen im Internet, z. B. in Facebook, oder sendet seine Nachrichten an große E-Mail-Verteiler. Dabei nimmt er zumindest billigend in Kauf, dass der Landesvorstand bei den Mitgliedern der AfD Akzeptanz verliert und dadurch nicht mehr in der Lage ist, den Landesverband mit der notwendigen Autorität zu führen.

Offenbar ist es das Ziel des Antragsgegners, die Arbeitsfähigkeit des Landesverbandes zu zerstören. Der Antragsgegner ist auch nicht bereit, persönliche Wahlniederlagen zu akzeptieren wie sich z.B. auch aus der Äußerung gegenüber der Landeswahlleiterin ergibt.

Beweis: Anlagen 02a und 02b.

6.5 Beleidigungen anderer Parteimitglieder

Zu den Grundsätzen einer Partei und zu ihrer inneren Ordnung gehört auch, dass die Mitglieder einen respektvollen Umgang miteinander pflegen, der dem sittlichen Empfinden bürgerlicher Kreise entspricht. Gegen diese Grundsätze hat der Antragsgegner immer wieder verstoßen, indem er Parteimitglieder – auch öffentlich – beleidigte und diffamierte.

Beweis: Anlagen 03 – 13.

Erschwerend kam hinzu, dass es Herr Mößner gerade darauf ankommt, andere Parteimitglieder – besonders aber die Mitglieder des Vorstands - in der Öffentlichkeit respektlos zu behandeln und zu diskreditieren. Deshalb sorgte er wiederholt dafür, dass seine unwahren Behauptungen und Schmähungen über das Internet der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden.

Es sei an dieser Stelle deutlich darauf hingewiesen, dass dem Antragsgegner keineswegs sachliche und konstruktive Kritik an Entscheidungen und Beschlüssen des Landesvorstandes verwehrt wird. Eine solche Kritik kann auch parteiöffentlich vorgetragen werden und selbstverständlich steht jedem Mitglied auch der Rechtsweg offen. Vorliegend geht es dem Antragsgegner nicht um sachliche Kritik, sondern einzig und allein um Schmähungen, Beleidigungen und Verleumdungen von demokratisch legitimierten Führungspersonen der AfD. Erschwerend kommt hinzu, dass er auch andere Parteimitglieder beleidigt

Am 22.09.2013 schrieb er an das Mitglied Julian Heidenreich: „Die Quelle aus der Du trinkst heißt: Ärschelecken. Aber da Du Dir nur schmutzige Darmausgänge suchst,

hast Du leider so viel eklige Ausschläge und so eine unreine Haut. Aber es gibt massig AfDler, die trinken reines Gebirgswasser. Und da diese Quellen rein sind, ziehen sie immer mehr Mitglieder an. Man steht halt nicht so sehr im Rampenlicht, aber die Luft ist ungemein besser.“

Es ist daher die Pflicht des Landesvorstands, die Mitglieder der Partei vor solchen Beleidigungen weit unter Gürtellinie zu schützen.

Beweis: **Anlage 13a.**

Die Mitglieder des Landesvorstandes haben im Vorfeld der Bundestagswahl nur deshalb von Strafanzeigen wegen Beleidigung und Verleumdung abgesehen, weil sie die von Herrn Mößner verursachten Querelen nicht an die Öffentlichkeit tragen wollten; das hätte die Wahlchancen der AfD erheblich geschmälert. Vermutlich hätte die Presse die berechtigten Strafanzeigen zum Anlass genommen, auf die „Selbstzerfleischung“ des Landesverbandes zu verweisen.

Der jüngste Vorfall ereignete sich am 26.09.2013. Herr Mößner hat in einer E-Mail an einen großen Empfängerkreis das AfD-Mitglied Julian Heidenreich *als „pöbelnden, zensierenden Schläger Heidenreich“* und *als „streitsüchtiger, beleidigender Schläger, der es mit der Wahrheit nicht allzu genau nimmt“* und Frau Dr. Fein als *„intellektuelle kinderlose ledige Akademikerin die im Rampenlicht Frauenquoten fordert“* bezeichnet.

Beweis: **Anlage 14.**

6.6 Versuchter Bruch der Vertraulichkeit im Landesvorstand

Der Landesvorstand hatte dem Antragsgegner mit einer Vereinbarung am 30.04.13 in bester Absicht die Möglichkeit eingeräumt, an den Sitzungen des Landesvorstands teilnehmen zu können.

Beweis: **Anlage 15.**

Dies war ein großer Vertrauensvorschuss, denn den Beteiligten war klar, dass diese Zusammenarbeit nur bei hoher Vertraulichkeit möglich war. Der Antragsgegner hat später jedoch sogar schriftlich festgehalten, dass er die Absicht hatte, die Besprechungen des Landesvorstands öffentlich zu machen. Dies ist in seinem „Ihringer Fahrplan“ auf Seite 3 ausgeführt:

„Im Gegenzug musste ich meine Wahlanfechtung zurückziehen. Interessanterweise hat Brett sein damaliges Angebot, mich zu kooptieren - was auch von Bernd Lucke unterstützt wurde - dahingehend abgeändert, dass ich auf keinem Fall bei finanziellen TOPen zugegen sein darf.

*Ich ging auf das Angebot dennoch ein, da ich so Einblick in die Vorstandssitzungen bekam **und dadurch die Basis über gezielte Fehlinformationen des Landesvorstands aufklären kann.** Dies war mir bisher unmöglich, da die letzte Vorstandsklausur auf einen Werktag gelegt wurde und von 10 bis 18 Uhr angesetzt war. Jeder anständige Mensch muss zu solchen Zeiten arbeiten. Es fragt sich daher, weshalb der Landesvorstand nicht am Wochenende tagt.*

Herr Mößner hat in seinem „Ihringer Fahrplan“ eingeräumt, dass er den Vergleichsabschluss nutzen wollte, um auf diese Weise „Einblick in die Vorstandssitzungen“ zu erhalten. Obwohl ihm der Grundsatz der Verschwiegenheit über interne Gremiendiskussionen bekannt war, wollte er in zutiefst illoyaler Weise durch gezielte Indiskretionen der AfD Schaden zufügen.

Beweis: Anlage 16

7. Verhältnismäßigkeit

Schon aufgrund der ersten Beleidigungen insbesondere gegenüber Frau Dr. Elke Fein, hatte der Landesvorstand beschlossen, der Aufnahme von Herrn Mößner zu widersprechen. Um Herrn Mößner jedoch noch eine zweite Chance zu geben, kam es zu einer Aussprache am 30.04.2013 in Freiburg, zu der eigens die Vorstandsmitglieder Kölmel und Brett angereist waren. Herr Mößner teilte mit, dass er von nun an konstruktiv in der Partei mitarbeiten wolle. Im Vertrauen darauf hat der Landesvorstand mit ihm einen Vertrag geschlossen.

Wie aus der Vereinbarung deutlich erkennbar, bemühte sich der Vorstand, und vereinbarte deshalb mit dem Antragsgegner Vertraulichkeit. Der Antragsgegner hielt sich daran allerdings nicht, sondern wollte seine Verhandlungspartner auf Seiten der AfD in einer eigens entworfenen Erklärung in der Öffentlichkeit lächerlich machen. In der nach seinem Wohnsitz benannten „Ihringer Erklärung“ schrieb er u.a.:

*„... Gleichzeitig konnte ich mir ein wenig ins Fäustchen lachen, da der Kollege Brett nicht gerade der beste Jurist ist. Sein Vertragsentwurf war, gelinde gesagt, dilettantisch. Ich musste ihn erst einmal so korrigieren, dass weitere Verfahren von mir wegen Karlsruhe vollumfänglich ausgeschlossen waren und nebenbei habe ich den Passus, in welchem meine Mitgliedschaft während des Karlsruher Parteitags ausgeschlossen war, einfach gestrichen. Zudem hatten der Rechtsanwalt Brett und der studierte Rechtspfleger und Ministerialrat Kölmel völlig die Möglichkeit übersehen, dass **jedes andere AfD-Mitglied mein Verfahren wieder aufgreifen konnte, was dann auch geschehen ist.** ...*

Beweis: Anlage 16.

Dieser Erklärung des Antragsgegners ist zu entnehmen, dass keine Einsicht zeigt und dass sein Verhalten der Partei schadet. Er hat sogar das Bemühen der Partei, ihn nicht mit schwerwiegenden Ordnungsmaßnahmen zu belegen als Zeichen der Schwäche des Vorstands verstanden und Mitglieder der Landes- und Bundesvorstands als „Wahlbetrüger“ beschimpft. Um Vorstandsmitglieder, aber auch Parteimitglieder, vor immer neuen Beleidigungen zu schützen und der Partei fortwährenden Streit über falsche Vorwürfe zu ersparen, ist es nach Meinung des gesamten Vorstands des Landesverbands Baden-Württemberg notwendig, den Antragsgegner auszuschließen. Wir betonen, dass unser dieser Schritt nicht leicht gefallen ist. Das bisherige Verhalten des Antragsgegners hat aber gezeigt, dass er auch in Zukunft nicht bereit ist, von seinem parteischädigenden Verhalten abzulassen. Aus diesem Grunde ist auch eine Verwarnung als Ordnungsmaßnahme nicht angezeigt.

Bei der Abwägung der Rechtsgüter ist überdies zu beachten, dass nicht nur der Antragsgegner, sondern auch die übrigen Mitglieder der Antragstellerin ein Recht zur politischen Betätigung haben. Praktisch wird dieses Recht jedoch erheblich beeinträchtigt, wenn der Antragsgegner jede ihm nicht genehme politische Entscheidung – insbesondere Wahlen, bei denen er unterliegt – zum Anlass nimmt, die Arbeit des Landesverbandes zu diskreditieren und Parteimitglieder zu beleidigen und überdies sich kein Mitglied der Partei sicher sein kann, nicht das nächste öffentliche Opfer des Antragsgegners zu werden.

8. Kosten

Die Antragstellerin regt an, dass der Antragsgegner gem. § 379 ZPO Vorschüsse für Kosten, die durch vom ihm beantragte Zeugenvernehmungen entstehen, selbst zu tragen hat.

Der Landesvorstand:

Dr. Elke Fein

Bernd Kölme

Eberhard Brett

Ronald Geiger

Helmut Schneider

Dr. Jan. B. Rittaler

Lars Patrick Berg

Dr. Marc Jongen